

II-4820 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2506/J

1988 -07- 12

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Mayer, Mag. Schäffer, *Dr. Gertrude Brinek*  
und Kollegen

an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport  
betreffend gesetzwidrige Personalentscheidungen im Bundes-  
ministerium für Unterricht, Kunst und Sport

Mit Wirkung vom 1. Juni 1988 wurden im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport acht Vertragslehrer als Professoren L 1 pragmatisiert. Es handelt sich um Personen, die zum Teil noch nie an einer Schule unterrichteten und teils erst vor kurzem im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport angestellt worden sind. Dem Vernehmen nach war entweder keine Planstelle vorhanden, oder waren die Anstellungserfordernisse (abgelegte Lehramtsprüfung, Probejahr bzw. Berufspraxis) im Sinne des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 nicht gegeben.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport folgende

A n f r a g e :

1. Wie vereinbaren Sie die genannten Maßnahmen mit dem Beschluß der Bundesregierung, von Personalvermehrungen abzusehen?
2. Falls Sie der Meinung sind, daß das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport unbedingt zusätzliche Lehrer und Mitarbeiter in der Verwaltung benötigt: wäre es nicht möglich gewesen, durch öffentliche Ausschreibung Lehrpersonen zu gewinnen, die alle Anstellungserfordernisse

-2-

einschließlich praktischer Erfahrungen besitzen, oder ging es vor allem darum, politische Schützlinge im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport unterzubringen?

3. Wie rechtfertigen Sie es, daß die genannten Pragmatisierungen in der zentralen Unterrichtsverwaltung als Pragmatisierungen im Bereich bestimmter Bundesschulen deklariert wurden (für welche es überdies gar keine freien Planstellen gibt)?
4. Ist Ihnen bekannt, daß für Pragmatisierungen bei Fehlen von Ernennungserfordernissen die Zustimmung des Bundeskanzleramtes bzw. der Bundesregierung erforderlich ist?
5. Warum wurden das Bundeskanzleramt bzw. die Bundesregierung sowie die Personalvertretung nicht mit diesen Fällen befaßt, wie es das Gesetz vorsieht?
6. Erfolgte die gesetzwidrige Personalentscheidung auf Ihre Weisung hin?